

Märkische Allgemeine Zeitung, 25.11.2024

Potsdams Finanzen droht Kahlschlag - Haushalt soll um 50 Millionen Euro gekürzt werden

Volker Oelschläger

Potsdamer Haushalt

Finanzklausur: Droht Potsdam jetzt der Kahlschlag?



Der Potsdamer Finanzbeigeordnete Burkhard Exner (SPD, l.), hier mit dem Baubeigeordneten Bernd Rubelt (parteilos) in einer Stadtverordnetensitzung.

Quelle: Julius Frick

Potsdams Stadtpolitik soll in zwei Werkstatttrunden festlegen, wie die Stadt pro Jahr 50 Millionen Euro einsparen kann. Das ist mehr als das Doppelte des Kulturbudgets und entspricht fünf Prozent des kompletten Haushalts. Die Fraktionen reagieren teils mit Unbehagen, teils mit offenem Widerstand.

Potsdam. Die Rathauspitze drückt bei der Haushaltsplanung aufs Tempo. Zur Stadtverordnetenversammlung am 4. Dezember soll ein „Rohentwurf“ vorliegen, hat Kämmerer Burkhard Exner (SPD) jetzt im Finanzausschuss angekündigt. Den regulären Haushaltsentwurf mit Vorbericht und Erläuterungen sollen die Stadtverordneten in ihrer nächsten Sitzung am 22. Januar bekommen.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

[Zwischengeschaltet sind zwei Werkstätten](#) der Verwaltung mit Vertretern aller Rathaus-Fraktionen am 30. November und am 14. Dezember, in denen Sparpotenziale und zusätzliche Einnahmen diskutiert werden sollen. Zur Vorbereitung sollen die Fraktionen am Montag eine „Potenzialliste“ bekommen.

Exner: Die Zahlen sind „eher scheußlich“

Noch immer steht laut Exner das Ziel, in der Mittelfristplanung bis 2028 ein sogenanntes strukturelles Defizit von 50 Millionen Euro auszugleichen. Gemeint ist damit eine jährlich drohende zusätzliche Verschuldung, wenn die Stadt nicht drastisch einlenkt. Die Zahlen seien „eher scheußlich“, sagte Exner im Finanzausschuss.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

Bei einem Gesamtbudget von einer Milliarde Euro entspräche die Sparvorgabe fünf Prozent des Haushaltsvolumens der Stadt. Zur Einordnung: Im Jahr 2023 hat die Stadt insgesamt 23,6 Millionen Euro für die Kulturförderung ausgegeben. Das ist noch nicht einmal die Hälfte dieses Betrages. Ein anderes Beispiel: Das Hans-Otto-Theater ist von der Stadt 2023 mit knapp acht Millionen gefördert worden, das ist nicht einmal ein Sechstel dessen, was nun zur Disposition steht.



Das Hans-Otto-Theater in der Schiffbauergasse.

Quelle: Bernd Gartenschläger

Unbehagen in den Fraktionen

Der Ausschuss reagierte auf Exners Ankündigung zur Werkstatt mit Unbehagen. Lothar Wilhelm Wellmann (CDU) kommentierte, er erwarte von der Verwaltung zur ersten Sitzung am 30. November „mehrere Vorschläge, wie ein ausgeglichener Haushalt aussehen kann“. Es sei nicht die Aufgabe der Politik, „das Potenzial dafür herauszukitzeln“.

„Es ist nicht so, dass jetzt was übrig wäre. Im Prinzip kann man froh sein, wenn das Loch nachher ein bisschen kleiner ist.“

Burkhard Exner (SPD)

Bürgermeister und Kämmerer

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

Silke Reimer (Grüne) pflichtete ihm bei, fragte, ob konkrete Varianten zur Diskussion gestellt würden. Hans-Jürgen Scharfenberg (BfW) ergänzte: „Die Erwartung an den 30. November ist bei mir nicht, dass wir dort zusammenkommen und in einem gruppenspezifischen Verfahren den Haushalt erarbeiten.“

Verbesserung für Potsdam bei Steuern und Landeszuweisungen

Im aktuellen Haushaltsjahr rechnet die Kämmerei nach zwischenzeitlich negativen Prognosen mit einer leichten Verbesserung. Aus Steuern könnten nun knapp fünf Millionen Euro zusätzlich kommen, geplant hatte die Stadt für 2024 mit knapp 274 Millionen Euro. Größter Einzelposten bleibt die Gewerbesteuer, geplant hatte die Stadt mit Einnahmen von 118,5 Millionen Euro, voraussichtlich werden es netto sechs Millionen Euro mehr.

„Freiwillige Leistung‘ heißt nicht: kann weg, sondern ist Auftrag zur gesetzlichen Gestaltung ohne Vorgaben!“

Sarah Zalfen (SPD)

stellvertretende Vorsitzende des Kulturausschusses

Auch bei den Landeszuweisungen meldete Exner im Finanzausschuss eine Verbesserung: „Da haben wir einiges mehr, und das ist auch gut so.“ Ursprünglich rechnete die Stadt für 2024 mit knapp 239 Millionen Euro vom Land. Nun werden es fast acht Millionen Euro mehr sein.

Stärkster Gegenwind für SPD-Kämmerer kommt aus der SPD

Er erinnerte allerdings daran, dass die Stadt mit einem geplanten Fehlbetrag von 44 Millionen Euro ins Haushaltsjahr gestartet sei: „Einen Großteil von dem, was wir mehr haben, müssen wir für überplanmäßige Ausgaben einsetzen.“ Dabei erwähnte er einen kürzlich genehmigten Nachschlag von 14,3 Millionen Euro, um Kita-Schließungen abzuwenden: „Es ist nicht so, dass jetzt was übrig wäre“, sagte der Kämmerer: „Im Prinzip kann man froh sein, wenn das Loch nachher ein bisschen kleiner ist.“

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

Vor den Sparklausuren bekommt Exner ausgerechnet aus seiner eigenen Partei den stärksten Gegenwind. Auf Antrag von Tiemo Reimann (SPD) vertagte der jüngste Finanzausschuss eine Abstimmung über die neuen Gebührensatzungen für Trink- und Abwasser. Grund war eine Nachlässigkeit der Verwaltung: ein noch fehlendes externes Gutachten, das mittlerweile vorliegen soll.

Kulturausschuss dringt auf Tarif- und Inflationsausgleich

Angekündigt ist für Potsdams Verbraucher eine 25- bis 30-prozentige Gebührenerhöhung. Werden die neuen Satzungen nicht zum Jahreswechsel per Stadtverordnetenbeschluss rechtskräftig, muss die Stadt die in Rechnung stehenden Mehrkosten aus dem Haushalt ausgleichen: Laut zuständigem Geschäftsbereich geht es um 18- bis 20 Millionen Euro, das entspräche fast dem Kulturbudget. Wie der dringende Beschluss zustande kommen soll, ist noch völlig unklar. Auch der Umweltausschuss hat die Vorlage am Donnerstag von der Tagesordnung genommen.

Weiterlesen nach der Anzeige

Weiterlesen nach der Anzeige

Anderes Beispiel: Der Kulturausschuss bestätigte am Donnerstag einen Antrag von Grünen und Anderen zur „Sicherung der Arbeitsfähigkeit der Kulturträger“ inklusive Tarif- und Inflationsausgleich. Das Rathaus warnt: Um den notwendigen Mehrbedarf zu decken, wäre für 2025 eine Erhöhung des Kulturetats um 8,3 auf knapp 32 Millionen Euro nötig.

Facebook-Kommentar der stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Sarah Zalfen (SPD) nach der Abstimmung: „Nach langer Diskussion mit manch getrübttem Blick nach Berlin haben wir dem Antrag als ‚Signal‘ zugestimmt, denn ‚Freiwillige Leistung‘ heißt nicht: kann weg, sondern ist Auftrag zur gesetzlichen Gestaltung ohne Vorgaben!“

MAZ